REVOLTE

Anarchistische Zeitung

NUMMER 9 JAHRGANG I

September 2016, WIEN

erscheint monatlich

Revolte!

Revolte heißt Leben

Seit Ausbeutung und Herrschaft existieren, gibt es auch diejenigen, die sich dagegen auflehnen. Diejenigen, die wie wir nicht hinnehmen wollen, dass ihnen tagtäglich ihre Würde genommen wird. Diejenigen, denen es nicht reicht das Elend der Lohnarbeit durch Spektakel und Drogen zu betäuben. Diejenigen die nicht um Zugeständnisse der Herrschenden betteln, sondern dem Bestehenden subversive Ideen und Praktiken entgegensetzen. Die Herrschaft und Ausbeutung verändern sich, und auch unsere ihnen feindlichen Ideen müssen sich mit der Realität konfrontieren und sie analysieren. Wir wollen nicht einer Utopie des Himmels auf Erden hinterhertrauern. Wir begreifen die Anarchie nicht als einen Zustand den wir in die Zukunft verschieben, sondern als konstante Spannung gegen jegliche Autorität. Wir schaffen Anarchie durch die Organisierung unserer Revolten gegen die bestehende Ordnung. Wir versuchen die revolutionäre Spannung zu erhöhen um zu einem radikalen Bruch zu gelangen, einem Moment in dem das freie Experimentieren mit anderen Formen des Lebens möglich wird.
Wir leben in Zeiten zunehmender Repression, massivem Ausbau von Überwachungstechnologie, Ausbau des polizeilichen Apparates und Vorantreibung der Militarisierung. Das soziale Klima wird immer angespannter. Seit den Anschlägen von Gotteskriegern in Paris befindet sich Europa in ständiger Alarmbereitschaft. Dabei ist schwer zu sagen was beunruhigender ist: Die Drohung des islamistischen Terrors oder die uniformierten Schergen des Staates, die nun bewaffnet mit Sturmgewehren durch die Straßen streifen um die kapitalistische Misere zu shützen. Immer schon gab es verschiedene Ansprüche auf die Herrschaft, verschiedene Ideologien die sich die Macht streitig machen. Für uns als subversive Anarchisten, die nach der Beseitigung jeder Herrschaft streben ist klar, dass all jene die uns vorschreiben wollen wie wir zu leben haben – ob durch diktatorische oder demokratische Methoden – sich unserer Feindschaft sicher sein können. Mit dieser Zeitung wollen wir anarchistische Ideen verbreiten und gegen die vorherrschende Resignation und soziale Befriedung ankämpfen, die droht die Feuer der Freiheit, die in unseren Herzen brennen, zu ersticken.

Teile und Herrsche

Die Flüchtlinge als Vorwand für einen Frontalangriff der Herrschenden.



„Divide et impera", besagt eine alte lateinische Weisheit. Eine Weisheit, die von den Regierenden dieses Planeten beherrscht wird wie das Alphabet. Geteilt werden die Beherrschten in abstrakt geschaffene Kategorien, um zu verhindern, dass sie sich in der Unterdrückung der Anderen wiedererkennen. Wodurch ein gemeinsamer Boden für Revolte untergraben sowie Solidarität verhindert werden soll. Ein Teil der unterworfenen Bevölkerung wird meist dem anderen gegenüber privilegiert, wodurch diese dann meist mehr Komplizenschaft mit den Herrschenden und ihrer Ideologie als mit anderen Unterdrückten haben.

In dieser Situation finden wir uns mit den „Flüchtlingen". Einer Kategorie, die zum einen verdeckt, dass es sich um tausende unterschiedliche Individuen handelt. Individuen, die oft das Moment der Flucht und auch der Internierung teilen, darüber hinaus aber unterschiedliche Ziele, Hintergründe, etc. haben. Andererseits verhindert die Kategorie „Flüchtling" eine Perspektive zu entwickeln, die über Helfen und Unterstützen hinausgeht. Es bleibt dabei das Individuum auf den „Flüchtling" zu reduzieren, dem man Sankt-Martin-mäßig die Hälfte des eigenen Mantels reicht, ohne zu erkennen, dass der Mantel den man da reichen will, der Mantel der Integration in das hiesige Bestehende ist. Anstatt zu erkennen, dass die Gründe, die die Menschen zu Flucht und Migration getrieben haben, die selben sind, die uns hier dazu zwingen unser Leben an die Arbeit zu verkaufen, uns vor Autoritäten zu beugen und unsere Verantwortung an der Urne abzugeben – Herrschaft und Ausbeutung.

Den anderen in seiner Individualität anzuerkennen erlaubt uns einen anderen Zugang. Denn im Kampf, beim Überwinden der Grenzen und in der Selbstorganisierung einzelner „Flüchtlinge" können wir ein Verlangen nach Freiheit und Würde erblicken, das auch wir teilen, ein Verlangen, das die Basis für einen gemeinsamen Kampf gegen Staat und Kapital sein könnte. Doch Kämpfen, das kennt man in Österreich nicht. Was man kennt ist die Arme in den Schoss zu legen, Sudern und Schimpfen. Und das wie ein Radfahrer, nach oben buckelnd und nach unten tretend, auf Kategorien, die noch schlechter dastehen als man selbst. Lange schon müssen die „Ausländer" herhalten, jetzt trifft es, spezifizierter, die „Flüchtlinge".

Während die Regierung eine Gesetzesverschärfung nach der Nächsten durchsetzt, ist es für den „Österreicher" - auch eine künstliche geschaffene Kategorie - viel wichtiger sich an Übergriffen einzelner „Flüchtlinge" aufzuhängen. Übergriffe, die wohl niemand gut findet, außer vielleicht die Rechten, die versuchen daraus politisches Kapital zu schlagen. Sofern diese wirklich passiert sind und nicht erstunken und erlogen, was auch keine Seltenheit mehr ist, um das Klima gegen die „Flüchtlinge" weiter zu vergiften.

Dies nimmt die Aufmerksamkeit vieler so gefangen, dass der Frontalangriff den die Herrschenden in diesem Land gerade unternehmen und der auf uns alle abzielt beinahe vollkommen untergeht. Es reicht aus diese Maßnahmen als Maßnahmen gegen die „Flüchtlinge" zu verkaufen und der „Österreicher" sagt Ja und Amen. Ohne zu sehen, dass die Messer, die jetzt gegen die „Flüchtlinge" gewetzt werden, später die sein werden, die ihn ins eigene Fleisch schneiden. Schauen wir uns drei zentrale Beispiele dieses Angriffs an.

1. Deckelung der Mindestsicherung

Begonnen wurde die Diskussion um die Deckelung der Mindestsicherung damit, dass migrantische Familien bzw. Familien mit Asyltitel angekreidet wurden. Dass gesagt wurde, dass diese zu viel bekommen, „unseren Leuten" unser Geld wegnehmen, etc. Die Deckelung würde dem Einhalt gebieten. Die Deckelung würde dabei so funktionieren, dass Personen, die in einer Beziehung leben in der beide Mindestsicherung beziehen, diese auf einen gemeinsamen Satz gekürzt wird. Der österreichische Mindestsicherungsbezieher hat sich schon die Hände gerieben, zumindest wurde es medial so präsentiert, weil die „scheiß Ausländer" nicht mehr sein Geld wegnehmen, ohne zu sehen, dass er von der selben Maßnahme betroffen sein wird, sofern sie eingeführt wird. Was die Politiker mittlerweile auch schon recht unverhohlen zugegeben haben.

2. Einführung von (mit 1 Euro die Stunde entlohnter) Zwangsarbeit

Dasselbe gilt für den Versuch der Einführung von Zwangsarbeit, nach dem deutschen Hartz IV-Modell. Leuten, die Mindestsicherung beziehen, soll diese gekürzt werden, wenn sie nicht bereit sind gemeinnützige Arbeit, für 1 Euro die Stunde, ausführen. Arbeiten wie zum Beispiel Museumsdienste oder das Ausreißen von Neophyten, also nicht einheimische Pflanzen. Auch hier waren „Migranten" und Menschen mit Asyltitel der Vorwand um die Diskussion ins Rollen zu bringen. Nur um dann kaltschnäutzig hinterher zu schicken, „[Minister] Kurz hat nur pointiert herausgestrichen, dass die Ein-Euro-Jobs im Bereich Flüchtlinge besonders wichtig wären", jedoch wenn das dann nicht für alle gilt würde das „dem Gleichheitsgrundsatz widersprechen", so Innenminister Sobotka.

3. Beschluss der Notverordnung

Den politischen Führern des österreichischen Staates muss man schon eine gewisse Kreativität zugestehen. So wird die Notstandsverordnung, die als Ausnahmezustand-light gesehen werden muss, einerseits damit begründet, dass, wenn die – von der Regierung gesetzte – Obergrenze an „Flüchtlingen" überschritten wird, ihnen, den „Flüchtlingen", nicht mehr ausreichend Schutz und Unterkunft zugesichert werden kann, weshalb man sie dann gleich mit 2.200 Soldaten an der Grenze abwehren will – quasi aus humanitären Motiven. Andererseits, dass diese Überlastung, die genau bei 37.500 Menschen eintritt, zur Gefährdung der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit führt – also zum Notstand. Dass die Notverordnung erst bei Überschreiten der Obergrenze eintreten soll, ist den Hardlinern zu spät. Sie wollen sie so schnell wie möglich in Kraft sehen – wann genau, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.

Und auch wenn sich die Notverordnung vordergründig „nur" gegen die „Flüchtlinge" richtet, richtet sie sich doch gegen uns alle. Denn gleichzeitig ist sie ein großes militärisches Planspiel zur Aufstandsbekämpfung im allgemeinen. Eine reale Übung mit 2.200 die Grenze patroullierenden Soldaten, die an das neue Sicherheitspolizeigesetz, das Community-Policing und das Militär im Inneren nahtlos anknüpft.

Der österreichische Staat rüstet sich gegen einen konstruierten äußeren Feind, die „Flüchtlinge". Bleibt nur die Frage wann er gegen die inneren Feinde losschlagen wird und wen der Staat zu solchen erklären wird. Jedoch zeigen die Entwicklungen von weniger als zwei Jahren in welche Richtung es geht: In Richtung repressiver Restrukturierung von Staat und Arbeit. Und auch wenn es trifft und treffen wird: Die Armen, die Arbeiter und jene, die dem etwas entgegenstellen wollen sowie jene, die nicht bereit sind im Gleichschritt mitzulaufen. Im Kampf gegen diese Angriffe der Herrschenden darf es nicht darauf ankommen wo jemand herkommt, sondern wo derjenige hin will: Freiheit oder Unterwerfung.

Banküberfall in Aachen

Solidarität mit den verhafteten GefährtInnen

Am Morgen des 14. November 2014 betrat eine Gruppe von bewaffneten Personen die Filiale der Pax-Bank im westfälischen Ort Aachen. Die Angestellten werden gefesselt und der Tresor der Bank um mehrere hundertausend Euro erheblich erleichtert. Danach verlässt die Gruppe die Bank und entkommt unerkannt. Die ermittelnde Behörde verbindet diese Bankenteignung mit zwei weiteren, die in den Jahren zuvor in der gleichen Stadt stattfanden, und laut den Bullen nach ähnlichem Muster abliefen. Nach dem Überfall starten die Bullen eine Medienkampagne, die zur Denunziation verleiten soll. Sie veröffentlichen Details der Überfälle und setzten tausende Euros Belohnung für Hinweise aus. Es werden Phantombilder, Bilder von Überwachungskameras und in der Umgebung des Tatorts zurückgelassener Kleidungsstücke in Umlauf gebracht. Doch die Hinweise bleiben aus..

Doch natürlich setzt das LKA bei seinen Ermittlungen nicht nur auf die Mithilfe denunziatorischer

Fortsetzung auf Seite 2 ->

Fortsetzung von Seite 1 ->

Bürger, es bedient sich auch der modernen Ermittlungstechnologien, die ihm zur Verfügung stehen. Am Tatort und an den in der Umgebung gefundenen Gegenständen werden genetische Proben (DNA) genommen. Und nachdem es in der nationalen Datenbank keine Übereinstimmung gab, wurden die Proben auf der Suche nach möglichen Übereinstimmungen in den Datenbanken anderer Staaten international verschickt. Die katalanische Polizei antwortet auf das Gesuch des deutschen LKA: Eine DNA-Spur die auf einer Perücke, die nahe der enteigneten Pax-Bank in Aachen gefunden wurde stimmt angeblich mit einem Eintrag in ihrer Datenbank, einer Spur auf einem Handschuh, der 2009 nach einer direkten Aktion in Barcelona gefunden wurde, überein. Ab diesem Punkt startet eine Kooperation der Polizeibehörden, bei den weitreichende Ermittlungen innerhalb der, wie es die Presse bezeichnet, „Besetzerbewegung der extremen Linken in Barcelona". Im Zuge dieser Kooperation wurden auf hinterhältigste Art und Weise genetische Proben gesammelt, die dann leider auch zur Verhaftung zweier GefährtInnen in Barcelona führten.

Am 13. April führte die katalanische Polizei Hausdurchsuchungen in zwei Privatwohnungen und einem besetzten Haus durch, die mit der Verhaftung einer Gefährtin endeten. Die Grundlage des internationalen Haftbefehls der hier exekutiert wurde, war eine DNA–Probe die, die Bullen heimlich von einer Bierdose entnahmen, die die verhaftete Gefährtin auf der Straße zurückließ. Am 21. Juni stürmten bewaffnete Bullen ein weiteres Haus in Barcelona und verhafteten einen weiteren Gefährten. Diese Verhaftung erfolgte auf Basis einer DNA-Probe, die die Bullen bei einer vorgetäuschten Alkoholkontrolle, vom Mundstück des Alkoholtestgerätes nahmen. Nachdem die beiden einige Zeit unter schärfsten Bedingungen in spanischen Knästen eingekerkert waren, wurden diese auf Gesuch der deutschen Behörden nach Aachen ausgeliefert und sitzen aktuell dort im Knast. Eine weitere Gefährtin wurde bereits letzten Sommer an der griechisch-bulgarischen Grenze verhaftet und nach Aachen ausgeliefert. Ihr wird vorgeworfen im Jahr 2013 an einer Bankenteignung in Aachen beteiligt gewesen zu sein, einem der Überfälle, welche die Bullen mit dem auf die Pax-Bank in Verbindung setzten. Aus Mangel an Beweisen wurde sie nach etwa einem halben Jahr Untersuchungshaft wieder freigelassen. Doch die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren wieder aufgerollt. Aktuell ist die Gefährtin in Amsterdam, ihr wurde der Pass entzogen und sie muss sich einmal pro Woche auf der Bullenstation melden. Am 1.September findet eine Gerichtsverhandlung über ihre Auslieferung nach Deutschland statt.

Die Frage der Schuld, die Frage ob unsere verhafteten GefährtInnen an den Enteignungen beteiligt waren oder nicht, spielt für uns keine Rolle. Wir weigern uns uns diese Logik der Knechte des Staates und der herrschenden Ordnung zu eigen zu machen. Als Feinde des Staates und des Kapitals haben wir unsere eigene Ethik nach der wir in unseren Kämpfen handeln, und diese steht klarerweise im Widerspruch zur Logik der Justiz und des Gesetztes, die in der Aufrechterhaltung des bestehenden Ausbeutungs- und Herrschaftssystems, dessen Zerstörung unser Ziel ist, ihre Aufgabe haben. Wir stehen Seite an Seite mit jenen, die sich entscheiden keine Sklaven des Bestehenden zu sein, nach ihren Ideen handeln und zur Aktion, zum Angriff auf diese Gesellschaftsordnung übergehen.



Weitere Informationen unter:

solidariteit.noblogs.org

Brandanschlag auf Lokal von türkischen Faschisten in Wels

In der Nacht des 15. August kam es in Wels zu einem Brandanschlag. In dieser Nacht entschieden sich Einige dem Treiben der türkischen Faschisten ein Ende zu bereiten, in dem sie versuchten eine ihrer Strukturen, das Vereinslokal „Avrasya", das den faschistischen „Grauen Wölfen" zugeordnet werden kann, niederzubrennen. Auf einen Stein der die Fensterscheibe durchschlug, folgte ein Brandsatz, der jedoch leider erlosch ohne großartigen Schaden anzurichten. Der Konflikt innerhalb der Türkei intensiviert sich seit langer Zeit, kurdische Städte werden bombardiert und dem Erdboden gleich gemacht, die Bevölkerung vertrieben. Den gescheiterten Putschversuch nutzt das türkische Regime unter Führung Erdogans nicht nur um den Staatsapparat zu säubern und die Faschisierung des Staates voranzutreiben, sondern auch dazu die unterschiedlichen nationalistischen, rechtsradikalen Kräfte zu sammeln und zu mobilisieren, und so den Terror gegen Minderheiten und Revolutionäre zu intensivieren. Teil dieser Mobilisierungen sind immer auch die Anhänger der „Grauen Wölfe", deren parlamentarischen Arm die faschistische Partei MHP darstellt. Diese scheinen ihre eigene Ideologie in der autoritären, nationalistischen Politik des AKP-Regimes und dem militärischen Terror mit dem es die kurdischen Gebiete, aktuell auch in Syrien überzieht, wo es wohl eher darum geht die kurdischen Strukturen zu zerschlagen als den Islamischen Staat zu zerschlagen, wiederzuerkennen. Mit ihrem paramilitärischen Arm beteiligt sich diese faschistische Bewegung seit jeher, in zwielichtiger Kooperation mit dem Staat, am Terror gegen Minderheiten und Revolutionäre, durch Bombenanschläge und Exekutionen, Organisierung von Pogromen. Auch in Österreich sind sie sehr aktiv, meist operieren sie unter dem Deckmantel der türkischen Kulturvereine, die nicht selten von der österreichischen Politik unterstützt werden, so auch der angegriffene Verein „Avrasya" zu dem Klaus Luger, seinerseits amtierender sozialdemokratischer Bürgermeister in Linz, ein näheres Verhältnis pflegt. Auch an den Mobilisierungen zur Unterstützung des türkischen Regimes in österreichischen Städten beteiligen sich diese Gruppierungen, oftmals kommt es dabei zu Angriffen auf kurdische Lokale. Nach dem Anschlag meldete sich der oberösterreichische Bullenchef Pilsl folgendermaßen zu Wort: „Wenn wer glaubt, nationale Konflikte nach Österreich tragen zu müssen, wird die notwendige polizeiliche Härte an den Tag gelegt werden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten." Als Anarchisten interessien auch uns nationalistische Konflikte wenig, unser Ziel ist es die nationalen Grenzen aufzusprengen und die Konflikte zu Kämpfen gegen jede Form von Herrschaft und Ausbeutung, jeden Staat und jede Nation auszuweiten. Und ein Schritt dahin ist es auch hier zum Angriff überzugehen. Wo der Feind Strukturen aufbaut, um sich auszubreiten und zu rekrutieren, finden sich Mittel und Wege ihn anzugreifen. Und dass diejenigen, die zum Angriff übergehen vom Staat keine Milde zu erwarten haben, versteht sich von selbst. Es schmerzt uns zu hören, dass nach dem Angriff in Wels zwei Personen verhaftet wurden und wünschen ihnen viel Kraft im Angesicht der Repression.

Bikini? Burkini? Fuck off!

[Dieser Text wurde uns zugeschickt. Mögen wir auch nicht zwangsläufig alle Standpunkte und Analysen teilen, so werden hier doch einige Dinge angesprochen, die wir für eine Bereicherung unserer Diskussionen halten!]

Das verspätete Sommerlochthema der mitteleuropäischen Presselandschaft drehte sich heuer wieder einmal um die Frage, was Frauen am Strand kleidungstechnisch zu tragen und wie sie dabei auszuschauen haben. Geht es dabei normalerweise um zu viel Fett, Zellulitis oder unerwünschte Haare, so ist diesmal die Rede von Frauen, die aus religiösen Gründen mehr als Badeanzug oder Bikini anhaben. Die Geschichte ist schnell zusammengefasst: In vielen Bädern oder Stränden im In- und Ausland gibt's Burkini-Verbote aus diversen, meist vorgeschobenen Gründen wie Unhygiene oder „Störung der öffentlichen Ordnung", was übereifrige Cops oder selbsternannte Blockwarte zu repressiven Vorgehen gegen dementsprechend gekleidete Frauen veranlasst.

Es scheint so, als ginge es in der Debatte vor allem um Rassismus und anti-muslimische Vorurteile. Um eurozentristische Grundsatzentscheidungen von weißen, reichen Männern in Krawatten am Frauenkörper, wo wie wann welche Kleidung getragen werden darf und welche Symbole kulturpolitisch akzeptabel und welche abzulehnen sind.

Nun ist es ja nicht so, dass in unserer ach so schönen sekularen EU-Welt religiöse Symbole keinen Platz haben würden, im Gegenteil: Jedes Dorf ist mit einer Kirche zugeschissn, nach wie vor hängen Kreuze in Schulen, Krankenhäusern oder Ämtern und die sogenannte Religionsfreiheit ist eine der letzten heiligen Kühe, während anderer Grundrechte immer weiter eingeschränkt werden.

Darum sollte die Debatte um den Burkini nicht primär als weiterer Teil eines vermeintlichen Kulturkampfes zwischen Orient und Okzident verstanden werden. Denn der männliche Blick auf Frauenkörper, deren Abwertung, Regulierung- und Normierungsversuche ist so alt wie die Religionen selbst: Im Patriarchat geben sich Christen, Muslime, Juden, Hindi oder Buddhisten die Hand, glücklich darüber Männer zu sein, die seit jeher mehr wert sind als Frauen. Quasi gottgewollt wird die „natürliche Ordnung" zelebriert – ein Teil davon sind eben auch Kleidungsvorschriften für Frauen. Und es ist noch keine 50 Jahre her, da wurden Frauen hierzulande in Bikinis als Huren beschimpft und des Strandes verwiesen, so „unzüchtig" war ihr Benehmen.

Da auch der Kapitalismus vom Patriarchat profitiert bzw. mit diesem Hand in Hand arbeitet, benötigt man für moralische Einschränkungen, Schönheitsnormen oder Kleidungszwänge keine Religion mehr. Es reichen Medien, Konkurrenz- und Marktwertdenken, Selbsthass und eine allgegenwärtige Frauen- und Körperfeindlichkeit, um Menschen davon abzuhalten, selbstbestimmt zu leben.

Im Kapitalismus oder auch innerhalb von Religionsgemeinschaften von Selbstbestimmung zu sprechen, mag unter Umständen zynisch erscheinen. Und doch sind unsere Hände und Herzen nicht gebunden und wir können damit unsere Kämpfe austragen. Klar ist auch, dass rassistische Angriffe auf Menschen welcher Zugehörigkeit auch immer, entschieden abzuwehren sind.

Als Anarchist_innen lehnen wir – speziell in Zeiten wie diesen – jede Religion dezitiert ab. Der Glaube an eine höhere Macht enthält keinerlei emanzipatorische Züge, auch wenn sie noch so befreiungstheologisch, selbstkritisch oder weltoffen daherkommen mag. Sich der Autorität einer Religionsgemeinschaft zu unterwerfen, bedeutet sich freiwillig oder z.B. in der Situation von Kindern unter dem elterlichen Zwang in die Arme eines ganz bestimmten moralischen und ideologisch aufgeladenen Systems zu begeben, das jede Handlung diktiert und normiert.

Als Anarchafeminist_innen scheißen wir auf Vorschriften aller Art. Wir bestimmen selbst, wo wir welche Kleidung tragen, ob wir unsere Beine enthaaren oder Schminke verwenden, im Stehen pissen, laut, leise, dick oder dünn sind und wir weisen jeden Angriff auf unsere Körper – sei es in Form von Kommentaren, verbalen Belästigungen oder körperlichen Übergriffen – entschieden zurück.

Gegen jede Religion!

Gegen jedes System!

Patriachale Verhältnisse zerstören!



Für Kritik, Text- und Diskussionsbeiträge sowie Anregungen: revoltezeitung@riseup.net

Alle bisherigen Ausgaben: https://revolte.blackblogs.org